



«Keine Demokratie – keine Arbeitsrechte» - Die israelisch-palästinensische Gewerkschaft MAAN fordert gleiche Rechte für alle. Foto: MAAN

Vom Nahen Osten bis Argentinien

## In Zeiten von Krieg und Autoritarismus Rechte erkämpfen

Seit dem 7. Oktober 2023 dürfen palästinensische Arbeiter\*innen aus dem Westjordanland nicht mehr an ihren Arbeitsplatz in Israel. Sie haben durch diese Aussperrung ihr Einkommen verloren. Unterstützt von der israelisch-palästinensischen Gewerkschaft MAAN kämpfen sie nun für ihre Rechte und ihr Überleben. Angesichts des mörderischen Anschlags der Hamas und dem daraus folgenden Krieg, der bereits über 26'000 Menschenleben im Gaza-Streifen gefordert hat, ist ein Einstehen für Rechte von palästinensischen Arbeiter\*innen in Israel fast nicht vorstellbar. Und doch: Das politische Ziel von MAAN ist nicht einfach ein Brückenschlag zwischen zwei verfeindeten La-

gern, sondern die Durchsetzung von demokratischer und wirtschaftlicher Partizipation für alle in der Region. Angesichts der politisch dominierenden Kräfte in Israel/Palästina mag dieses Ziel utopisch klingen. Dennoch ist es für Arbeiter\*innen, Gewerkschafter\*innen und Aktivist\*innen Ausdruck eines gemeinsamen Interesses und gewerkschaftlicher Solidarität. Mehr zur Arbeit von MAAN lesen Sie in diesem Bulletin. Gute Neuigkeiten gibt es derzeit aus Guatemala. Dort konnten die sozialen Bewegungen, angeführt von der indigenen Bevölkerung, die Vereidigung des demokratisch gewählten Präsidenten Arévalo durchsetzen. Rechte Eliten versuchten, dies bis zum Schluss zu verhindern. Mit

breiten Protesten und politisch-kulturellen Festivals ist es gelungen, den «Druck von unten» aufrecht zu halten. In Kolumbien werden bei der Schließung von Kohleminen die Interessen der lokalen Bevölkerung und der Arbeiter\*innen im Gegensatz zu jenen der Minenbetreiber wie Glencore und Co. nicht angehört und berücksichtigt. Deshalb kämpfen Dorfgemeinschaften und Gewerkschaften trotz Morddrohungen und Einschüchterungen für ihre Anliegen und eine ökologische Transition. Der kürzlich gewählte argentinische Präsident Milei hat am WEF in Davos den Sozialismus und den Feminismus als grösste Probleme der Welt beschworen. Bereits vor dessen Wahl hatte der SOLIFONDS den feministischen Widerstand gegen ihn unterstützt. Mileis Äusserungen machen nun deutlich, dass die Solidarität mit den sozialen Bewegungen mehr denn je gefragt ist, damit demokratische und soziale Rechte politisch greifbar und denkbar bleiben.

**Danke für Ihre Solidarität!**

# Indigene verteidigen Demokratie

«Sí se puede», riefen Tausende von Guatemaltekinen und Guatemalteken am 14. Januar auf der Plaza de la Constitución im Zentrum der Hauptstadt. Endlich war es sicher, dass der gewählte Präsident Bernardo Arévalo und die Vizepräsidentin Karin Herrero an diesem Tag vereidigt werden. Bis zuletzt hatte die korrupte Elite des Landes versucht, die Vereidigung des Sozialdemokraten Arévalo zu verhindern. Und bis zuletzt harrten die Guatemaltekinen und Guatemalteken auf den Strassen aus. Knapp 106 Tage lang hatten Menschen im ganzen Land gegen die Versuche des sogenannten «Pakts der Korruption», die Amtsübergabe zu verhindern, protestiert. Der Widerstand ist von den Vertreterinnen und Vertretern der indigenen Gemeinden angeführt worden. Nun wird zum ersten Mal seit 70 Jahren nicht der Kandidat der korrupten Elite an der Spitze der Regierung sein.

Diese massiven Proteste wecken Hoffnung auf einen Wandel im Land. Anlässlich ihres Besuchs in der Schweiz im Dezember stellten die exilierte indigene Aktivistin und Journalistin Lucía Ixchiu und der Fotojournalist Carlos Ernesto Cano von Festivales Solidarios, einem Kollektiv von Künstler\*innen und Journalist\*innen, fest, dass sich das Land bereits gewandelt habe. Dass die Indigenen nun auch von den Mestizos, der mehrheitlich spanischstämmigen Bevölkerung in den Städten, wahrgenommen, ja sogar unterstützt werden, sei etwas Neues im zutiefst von Rassismus geprägten Guatemala, erzählte Lucía. Nun sehe man Stadtbewohner\*innen, die ihre indigenen Wurzeln wiederentdeckten und in den verschiedenen Protesten zusammen mit Indigenen zu Musik tanzten, kochten oder Wandbilder malten. Das seien bewegende Bilder. Solche künstlerischen Aktionen organisiert Festivales Solidarios mit Unterstützung des SOLIFONDS und dokumentiert sie wie auch die Proteste aus Sicht der sozialen Bewegungen.

## Schwierige Zukunft

Mit der Amtsübergabe am 14. Januar haben die Würdeträger\*innen der indigenen Gemeinden das Ende der ersten Protestphase erklärt. Gleichzeitig haben sie klar gemacht, dass der Widerstand weitergeht. Ein wichtiger Schritt sei zwar getan, doch demokratische Verhältnisse noch weit weg.

Dass es Arévalo als Präsident nicht einfach haben wird, zeigte sich bereits nach ein paar Tagen, als das Verfassungsgericht die Wiederholung der Wahl des Parlamentsvorsitzes anordnete. Es war der Versuch, Kandidat\*innen von Arévalos Partei Semilla zu verhindern. Die Menschen in Guatemala fordern deshalb weiterhin auf den Strassen und Plätzen des Landes die Respektierung ihres demokratischen Entscheides.



Würdeträgerinnen der Indigenen an einer Demo Ende 2023.

Foto: Festivales S.

## Minenschliessung in Kolumbien

# Trotz Drohungen Mitsprache fordern

Im nordkolumbianischen Departement Cesar kämpfen Dorfgemeinschaften und Gewerkschaften für eine Mitsprache beim Schliessungsplan einer Kohlemine der Glencore-Tochterfirma Prodeco (vgl. Bulletin Februar 2023). Sie fordern eine demokratische Teilhabe, die eine gerechte und ökologische Transition ermöglicht. Aufgrund ihres Einsatzes werden Vertreter\*innen der Gemeinschaften zunehmend bedroht. Sowohl sie als auch Aktivist\*innen der vom SOLIFONDS unterstützten Klein-NGO Tierra Digna haben Morddrohungen erhalten und werden von Unbekannten fotografiert und verfolgt. Die Drohungen richten sich auch gegen ihre Angehörigen. Zuständige Behördenvertreter\*innen reisen aus Sicherheitsüberlegungen nicht mehr in die Region. Unter diesen Umständen haben sich die Aktivist\*innen entschieden, neue Wege zu gehen. Die Betroffenen haben zusammen mit Tierra Digna eine über das Departement Cesar hinausgehende, generelle Debatte über die Schliessung von Bergbauminen angestossen. Dazu haben sie Ende letzten Oktobers eine

Woche für eine gerechte Transition und Minenschliessung in der Hauptstadt Bogotá organisiert. Während der Woche fanden Gespräche mit den Botschaften der Schweiz, der Niederlande und Deutschlands statt, es gab einen Empfang im kolumbianischen Parlament, eine Demonstration sowie ein Treffen mit verbündeten Organisationen. Weitere Schritte sind in Planung, denn eine gerechte und ökologische Transition ist nur möglich, wenn die betroffenen Gemeinschaften in die Umsetzung miteinbezogen werden.



Seit Oktober 2023 sind Hunderttausende von Palästinenser\*innen ausgesperrt und können nicht zur Arbeit.

Foto: REUTERS/Raneen Sawafta

Palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter

# In Kriegszeiten für Arbeitsrechte einstehen

Wie reagiert man als israelisch-palästinensische Gewerkschaft auf die fürchterlichen Attacken des 7. Oktobers und den darauffolgenden Krieg und die verheerende Gewalt im Gazastreifen? «Es sind verzweifelte Zeiten», erzählen uns zwei Vertreter\*innen von MAAN in einem Gespräch. Seit über 20 Jahren setzt sich die Gewerkschaft, als eine der wenigen, für palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter in Israel, den besetzten Gebieten und Ostjerusalem ein. «Doch wir müssen alles tun, um unsere Mitglieder sowie weitere palästinensische Arbeiter\*innen in diesen ausserordentlich schwierigen Zeiten zu unterstützen.» Rund 150'000 Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem Westjordanland waren mehrheitlich in Israels Baubranche und Landwirtschaft tätig, andere arbeiteten in den Industriegebieten der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Seit dem 7. Oktober sind alle Zugänge vom Westjordanland nach Israel geschlossen. Für die Arbeiter\*innen und ihre Familien ist diese Abriegelung eine Katastrophe. Seit Oktober kommt kein Schekel mehr in ihre Portemonnaies. Anrecht auf Arbeits-

losengeld oder Lohnausfallentschädigungen haben Arbeiter\*innen aus dem Westjordanland grundsätzlich nicht, und als Folge der Covid-19-Pandemie haben viele Familien ihr letztes Ersparnis aufbrauchen müssen.

## Grosser Informationsbedarf

MAAN hat reagiert und mit Unterstützung von palästinensischen Aktivist\*innen eine Telefonhotline eingerichtet, um betroffene Arbeiter\*innen zu beraten. Viele von ihnen haben nicht einmal ihren Septemberlohn erhalten, weil der Zahltag erst nach dem 7. Oktober angesetzt war. Andere Arbeiter\*innen sind entlassen worden, weil ihre Arbeitgeber\*innen entweder bankrott gingen oder sie ihre palästinensischen Angestellten kurzerhand auf die Strasse stellten. Wie können die ausstehenden Löhne eingefordert werden? Haben die Entlassenen ein Recht auf Entschädigung? Solche Fragen versucht MAAN zu klären; unter erschwerten Umständen – die Gerichte bearbeiten aufgrund von fehlendem Personal die Fälle nur sehr langsam, die Diskriminierung gegenüber Palästin-

ser und Palästinenserinnen nimmt massiv zu. Der Bedarf nach Information und Organisation ist riesig und übersteigt die Ressourcen von MAAN. «Wir haben nicht nur eine Hotline eingerichtet, sondern auch Whatsapp-Gruppen gebildet. Innerhalb von zwei Tagen wuchs der Chat von 200 auf 1000 Teilnehmende. Nun haben wir einen zweiten Chat eröffnet und müssen eine weitere Telefonhotline einrichten», erzählt uns MAAN weiter. Dazu wird die Unterstützung des SOLIFONDS dringend gebraucht.

## Nein zur rassistischen Politik

Dringenden Handlungsbedarf gibt es auch auf politischer Ebene. Für MAAN ist die Aussperrung der palästinensischen Arbeiter\*innen seit nunmehr fast vier Monaten eine Kollektivstrafe und Ausdruck einer verstärkten rassistischen Politik der israelischen Regierung. Den rechtsextremen Mitglieder wollen die Palästinenser\*innen grundsätzlich vom israelischen Arbeitsmarkt ausschliessen und mit Arbeiter\*innen aus Indien, Kenia oder Malawi ersetzen. «Damit in Zukunft die demokratischen und sozialen Rechte für alle in der Region durchgesetzt werden können, müssen wir die Umsetzung einer solchen Politik verhindern!», sagt MAAN und fordert die Rückkehr der Palästinenser\*innen an ihre Arbeitsstellen. Ganz im Sinne ihres Slogans: «Without democracy, there are no workers' rights, just as a workers' organization cannot exist under dictatorship.»



Proteste gegen Mileis Kürzungen bei den Sozialausgaben.

Foto: REUTERS/ M. Nedelcu

## Argentinien

# Auf die Strasse gegen Mileis neoliberale Politik

«Kunst ist eine wesentliche Form des Widerstandes und des Kampfes für Demokratie», schrieben uns feministische und LGBTQI-Kollektive kurz vor der Wahl des ultrarechten Javier Milei Ende letzten Jahres. Bereits im vergangenen Oktober hatten sie zusammen mit der Arbeitslosenbewegung, Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen gegen die drohende Wahl Mileis protestiert. So fanden in Buenos Aires verschiedene Festivals statt mit dem Ziel, die Menschen in der Hauptstadt zu mobilisieren. Eine dieser Veranstaltungen war das Festival für das Leben und die Menschenrechte, das mehrere feministische Kollektive mit Unterstützung des SOLIFONDS organisiert hatten. Mit Spielen auf Strassen, Konzerten, Wandbildern oder Fussballspielen für alle setzten sie ein Zeichen gegen den drohenden Angriff auf vormals hart erkämpfte Rechte. Das Recht auf Abtreibung beispielsweise hatte die feministische Bewegung erst vor drei Jahren und nach jahrelangem Kampf erungen. Milei dagegen ist Abtreibungsgegner und hält Sexualekunde in der Schule für unnützes Zeug.

### Landesweiter Streik trotz Kriminalisierung

Schnell bestätigten sich die Befürchtungen, dass Milei nach seiner Wahl die sozialen Errungenschaften angreifen wird. Nach ihrem Amtsantritt kündigte die neue Regierung sogleich eine massive Verschlechterung des Arbeitsgesetzes sowie die Privatisierung staatlicher Unternehmen an. Zu der von Milei so benannten «Schocktherapie» gehören auch massive Kürzungen bei den Sozialausgaben. In einem Land, in welchem rund 40 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, eine Katastrophe. So sind beispielsweise viele Gassenküchen nun als Folge dieser Politik akut gefährdet. Hunger droht sich weiter auszubreiten. Darüber hinaus will Milei sich besondere Befugnisse geben, die ihm ermöglichen, Gesetze ohne Einverständnis des Parlamentes zu erlassen.

Dieser massive Angriff auf Demokratie und Rechte hat der Mobilisierung auf den Strassen neuen Schwung gegeben, erst recht da die Regierung Proteste kriminalisiert und mit Bussen bestraft. Am 24. Januar riefen die Gewerkschaften CGT-RA, CTA-T und CTA-A sowie soziale Bewegungen zum grossen Streik aus. Die internationale Solidarität ist gross. Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat in einem Brief an die argentinischen Kolleginnen und Kollegen seine Solidarität mit dem landesweiten Streiktag und den Protesten ausgedrückt.

### Sri Lanka: Neuigkeiten vom Arbeiter\*innentribunal

Sri Lanka befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Diese hat die Arbeiter\*innen der Tee- und Gummipflanzungen besonders hart getroffen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich unter dem Druck der Krise enorm verschlechtert. Viele Arbeiter\*innen können sich eine richtige Grundversorgung mit Lebensmitteln nicht mehr leisten. Im Bulletin vom letzten September haben wir über die Situation in Sri Lanka und den gewerkschaftlichen Widerstand ausführlich berichtet.

Eine Kampagne, die der SOLIFONDS in diesem Zusammenhang unterstützt, ist das Arbeiter\*innentribunal der Ceylon Workers Red Flag Union, das die Gewerkschaft mit anderen Organisationen vorbereitet.

Mit dem Tribunal werden bestehende Missstände wie die Umgehung des Mindestlohnes oder die Weigerung der Unternehmen, einen Kollektivvertrag abzuschliessen, öffentlich angeklagt. Damit werden die Unternehmen unter Druck gesetzt, aber auch die Stimmen der Arbeiter\*innen hörbar gemacht. Das Projekt findet über einen längeren Zeitraum statt und beinhaltet neben dem öffentlichen Tribunal auch viele nach aussen weniger sichtbare Schritte wie gewerkschaftliche Organisations- und Bildungsarbeit. Ein wichtiger Teil dieses Prozesses hat in der Zwischenzeit begonnen. In mehreren Workshops üben Arbeiter\*innen, wie sie ihre Zeugenaussage in der spezifischen Gerichtssituation formulieren und vermitteln.

Die Probleme der Plantagearbeiter\*innen und damit ihre Forderungen und Anklagen an die Unternehmen sind vielfältig und komplex. Neben dem Mindestlohn und der Weigerung der Unternehmen, einen Kollektivvertrag zu unterzeichnen, geht es bei den Zeugenaussagen auch um die Sicherheit am Arbeitsplatz, den Unterhalt der Plantagen, Mutterschaftsurlaub, Schutz bei Schwangerschaft oder die allgemeinen Lebensbedingungen auf den Plantagen.

Das Tribunal wird im Juni stattfinden. Wir werden auf unseren Kanälen immer wieder darüber berichten.

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich  
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

**Redaktion: Nicola Caduff, Aurora García**

**Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co<sub>2</sub>-neutral)**